

Indien im Überblick

zusammengestellt von Lisa Mala Reinhardt und Theodor Rathgeber

Gefängnisprotest niedergeschlagen

Am 2. November fand ein friedlicher Protest von Gefangenen des *Jagdalpur Central Jail* in Chhattisgarh statt. Der Protest richtete sich gegen die schlechte Qualität des Essens. Die Gefängnisse in Chhattisgarh sind notorisch überbelegt, das *Jagdalpur Central Jail* zu 260 Prozent. Viele Gefangene berichten von mangelnder Hygiene, willkürlicher Gewalt seitens des Gefängnispersonals und oftmals jahrelang verschleppten Urteilsverkündungen. So wurde auch der nun stattgefundene Protest gewaltsam beendet – acht Gefangene berichten von Schlägen und Misshandlungen. Während ihnen der Kontakt zu Familienangehörigen verweigert wird, sehen sie sich mit neuen Anklagen wegen Rebellion, Hinderung oder krimineller Obstruktion von Beamten an der Ausübung öffentlicher Aufgaben konfrontiert. Auch der trotz mangelnder Beweise inhaftierte Journalist Santosh Yadav befindet sich unter den verletzten Demonstrierenden. Ihm wird Beteiligung an maoistischen Aktivitäten vorgeworfen. Familienangehörige berichten, dass die jetzigen Misshandlungen nicht die ersten sind.

Menschenrechtsverteidiger Khurram Parvez erneut festgenommen

Nachdem der bekannte Menschenrechtsverteidiger Khurram Parvez aus Jammu und Kaschmir am 14. September an der Ausreise nach Genf gehindert worden war, folgte zwei Tage später seine Verhaftung. Parvez hatte an einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrats teilnehmen wollen. Offiziell begründen die Behörden die Festnahme damit, Parvez habe vor einer Moschee Menschen aufgestachelt und sie zu einem Regierungsgebäude geschickt. Nach vier Tagen ordnete ein Gericht aufgrund der unzureichenden Beweislage seine Freilassung an. Parvez wurde jedoch nur einen Tag später bei der Ankunft in seiner Heimatstadt Srinagar erneut festgenommen und in ein 300 Kilometer entferntes Gefängnis gebracht. Seine Haft basiert auf dem höchst umstrittenen Gesetz zur Öffentlichen Sicherheit in Jammu und Kaschmir (*Jammu and Kashmir Public Safety Act*).

Zensur in Jammu und Kaschmir

Anfang Oktober verfügte die Regionalregierung Srinagars die Schließung der englischsprachigen

Tageszeitung *Kaschmir Reader*. Die Zeitung hatte in den vergangenen Monaten über Fälle von Menschenrechtsverletzungen sowie über von Sicherheitskräften ausgeübte Gewalt berichtet. Während die Behörden die Schließung mit Sicherheitsbedenken begründen und eine Anstiftung zu Straftaten vermuten, sprechen Menschenrechtsgruppen von Zensur.

Jharkhand – unrechtmäßiger Kohleabbau

Gemeinsam mit privaten Partnern treibt die staatliche *National Thermal Power Corporation* (NTPC) den Kohleabbau in der *Pakri-Barwadih*-Mine in Hazaribagh in Jharkhand voran. Dabei verstoßen sie gegen geltende Gesetze, wonach die *Gram Sabha* (Dorfversammlung) zunächst über die Vorhaben informiert und gemeinsame Abkommen zur Nutzung und Rodung der Waldflächen geschlossen werden müssen. Die gesetzlich verankerten Rechte der *Scheduled Tribes* und *Other Traditional Forest Dwellers* müssen dabei gewahrt werden. Zudem ist die Zustimmung von mindestens 50 Prozent der erwachsenen Dorfbewohner/-innen eine Voraussetzung bei den Verhandlungen der *Gram Sabha* mit der Kohleabbaugesellschaft.

Schweres Zugunglück in Uttar Pradesh

Nach Angaben der Behörden kann noch keine genaue Anzahl der Toten bestätigt werden. Fest steht, dass am 20. November mindestens 146 Personen starben, als der Patna-Indore-Express schwer verunglückte. Gegen drei Uhr morgens, mitten in seiner etwa 27-stündigen Fahrt, entgleisten 14 von 23 Waggons des Zuges; drei davon wurden vollständig zerstört. Knapp 2500 Reisende sollen sich zu diesem Zeitpunkt im Zug befunden haben. Das Unglück ereignete sich in der Nähe von Kanpur; Rettungskräfte brauchten zum Teil Stunden, um den Unfallort zu erreichen. Noch am Folgetag versuchten sie, zu weiteren Verletzten vorzudringen. Aufsehen erregten Selfies von Personen, die vor dem verunglückten Zug posierten und die Fotos ins Internet stellten. Seitens des Bahnministers wird das Unglück mit dem maroden Schienennetz begründet. Dieses stammt zum Großteil noch aus der britischen Kolonialzeit und wurde nach der Unabhängigkeit 1947 kaum erneuert. Die Regierung

kündigte eine umfassende Untersuchung des Unfalls an und versprach den Angehörigen je Todesopfer eine Entschädigung von etwa 1,25 Millionen Rupien (rund 17.300 Euro).

App: *Women Fight Back*

Die beiden 15-Jährigen, Ansuja Madival und Zaber Ansari, haben eine App zur Vermeidung von Vergewaltigungen entwickelt. An ihrem Wohnort Dharravi im Zentrum Mumbais erleben sie täglich sexistisches Verhalten und auch sexualisierte Gewalt gegen Frauen. In vielen Häusern und Wohnungen gibt es keine Sanitäreinrichtungen. Ein großes Problem, denn Frauen trauen sich vor allem nachts nicht nach draußen, geschweige denn auf die Straße. Madival und Ansari möchten der stetigen Unsicherheit etwas entgegensetzen. Ihre App ist einfach zu bedienen und auch für Analphabet(inn)en nutzbar: Verschiedene Buttons lassen eine Sirene erklingen, eine GPS-Funktion einschalten, eine automatisierte Nachricht oder einen Notruf absetzen. Die meisten Frauen verfügen eher über ein Smartphone, das sie leicht mit sich führen können, als über einen Computer. Die Nutzung von „Sicherheits-Apps“ hat sich in den letzten Jahren verstärkt, und so wundert es nicht, dass neben der *App Women Fight Back* auch *Raksha*, *Safetipin*, *Himmat*, *Women Safety*, *Safecity*, *SOS - Stay Safe*, *I Follow ladies*, *Withu* und *Eyewatch Women* angeboten werden. Selbst Mumbais Polizei richtet ihre App *Pratisaad* gezielt an Frauen, die darüber einen direkten Notruf an Sicherheitskräfte in der Umgebung schicken können. Während den Frauen zumindest in Mumbai so zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, monieren Kritiker/-innen, dass das konkrete Eingreifen der Sicherheitskräfte nur teilweise funktioniert. Beim täglichen Gang auf die Straße haben daher viele Frauen neben ihrem Smartphone auch Pfefferspray oder Chilipulver dabei.

Tödliches Fasten

Das Ende von *Chaumasa* bedeutet für viele Gläubige ein Fest nach einer viermonatigen Fastenperiode. Auch die 13-jährige Aradhana Samdhariya hatte 68 Tage gefastet und nahm am 2. Oktober an einer feierlichen Prozession zum Fastenbrechen in Hyderabad teil. Einen Tag später starb sie an einem Herzinfarkt. Ihr Tod rief in ganz Indien Entsetzen hervor und löste eine erneute Diskussion über Kinderrechte aus. Aradhana Samdhariya, die, wie ihre Eltern, dem Jainismus angehörte, habe laut Angehörigen auf eigenen Wunsch gefastet und dafür viel Beachtung in ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft erfahren. Kinderschützer/-innen und Polizei sind dagegen von einer Verletzung der Aufsichtspflicht der Eltern überzeugt. Sie hätten auf das körperliche Wohl ihrer Tochter achten müssen. Gegen den Vater und Großvater des Mädchens wurden daher Ermittlungen aufgenommen. Vor allem Kinderschützer/-innen bemängeln, dass traditionellen Riten und Ritualen oftmals so großer Respekt entgegengebracht wird, dass das Leben Einzelner – und hierbei vor allem das der Schwächsten der Gesellschaft – aufs Spiel gesetzt wird. Aradhana Samdhariyas Tod hätte verhindert werden können.

hörigen auf eigenen Wunsch gefastet und dafür viel Beachtung in ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft erfahren. Kinderschützer/-innen und Polizei sind dagegen von einer Verletzung der Aufsichtspflicht der Eltern überzeugt. Sie hätten auf das körperliche Wohl ihrer Tochter achten müssen. Gegen den Vater und Großvater des Mädchens wurden daher Ermittlungen aufgenommen. Vor allem Kinderschützer/-innen bemängeln, dass traditionellen Riten und Ritualen oftmals so großer Respekt entgegengebracht wird, dass das Leben Einzelner – und hierbei vor allem das der Schwächsten der Gesellschaft – aufs Spiel gesetzt wird. Aradhana Samdhariyas Tod hätte verhindert werden können.

Überraschende Bargeldentwertung

Am Wahltag Donald Trumps richtete sich Premierminister Modi in einer Fernsehansprache an die Nation. Völlig überraschend kündigte er die Entwertung von 500- und 1000-Rupien-Scheinen ab Mitternacht an [siehe Beitrag von Thomas Stauber in diesem Heft]. Der Gegenwert entspricht rund 6,70 Euro beziehungsweise 13,50 Euro. Bis Jahresende können die Scheine gegen Vorlage des Personalausweises gegen neue 500- und 2000-Rupien-Scheine eingetauscht werden. An Bankautomaten stehen derzeit maximal 2000 Rupien, an Bankschaltern 10.000 Rupien täglich zur Verfügung. Größere Summen müssen auf ein Konto eingezahlt werden, die die Behörden bei Verdacht überprüfen. Menschen ohne Personalausweis und/oder Bankkonto sehen sich vor realen Versorgungsengpässen. Auch die medizinische Grundversorgung des Landes kann kaum gewährleistet werden. Apotheken nehmen auf Anweisung der Regierung zwar noch alte Scheine an, berichten jedoch von wahren Hamsterkäufen.

Smog-Krise in Neu-Delhi

Am 30. Oktober wurde das Lichterfest *Diwali* gefeiert. Mit Feuerwerk bejubelten Millionen Menschen mehrere Tage lang das neue Jahr; vor allem in den Städten wurden massenhaft Feuerwerkskörper gezündet. Ein paar Tage später dann der Alarm von Seiten der Regierung: Umweltminister Anil Dave verkündete eine „Notlage“ in Indiens Hauptstadt. Der Smog war so undurchdringlich, dass die Messinstrumente versagten. Die Belastung durch Feinstaub überstieg das 40-fache des Grenzwertes der Weltgesundheitsorganisation. Wo normalerweise ein PM-Wert von 25 als Obergrenze gilt, hörten die Geräte in Neu-Delhi bei 999 auf zu messen. Die Regierung

rief die Menschen der Hauptstadt dazu auf, zuhause zu bleiben und die Fenster geschlossen zu halten. Die Schulen wurden für zwei Tage geschlossen. Dabei war die Smogglöcke über der Stadt keineswegs ein einmaliges Ereignis. Die Bauern in den um Neu-Delhi liegenden Regionen brennen nach der Ernte reihenweise ihre Felder ab, um sie für die nächste Aussaat vorzubereiten, die Bewohner/-innen der Slums und Gebiete am Stadtrand verbrennen Müll, um sich gegen die nächtliche Kälte zu wappnen. Die Mittel- und Oberschicht sieht im Verbrennen von Müll einen einfachen Weg der Entsorgung. Das hohe Verkehrsaufkommen in Neu-Delhi und die *Diwali*-Feierlichkeiten tun ihr Übriges. Die von der Regierung Anfang 2016 erprobte Kennzeichnung aller Fahrzeuge und entsprechende tageweise Fahrverbote zur Regulierung des Verkehrs scheinen in diesem Kontext wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch hier zeigen sich bekannte Muster im Streit von Landes- und Bundespolitik, welche sich die Verantwortung gegenseitig zuschieben. Während in Städten mit vergleichbarer Umweltbelastung, wie etwa in Peking, bestimmte Sicherheitsvorkehrungen für die Gesundheit der Bevölkerung getroffen werden, besitzt in Indien kaum jemand eine Feinstaubmaske, denn es wird kaum Aufklärungsarbeit geleistet. Am 21. November fand zum wiederholten Male sogar ein von der Regierung unterstützter Halbmarathon in Neu-Delhi statt.

Überlebende von Säureattacke auf *New York Fashion Week*

Die heute 19-jährige Reshma Qureshi überlebte 2015 eine Säureattacke. Wie so oft hatte ein abgewiesener Mann sich an ihr gerächt und mit der stark ätzenden Säure auf ihr Gesicht gezielt. Qureshi hatte das Glück, nach der Attacke schnell medizinisch versorgt zu werden, doch sie verlor ein Auge. Neben den psychischen Verletzungen werden die Narben sie ein Leben lang begleiten. Qureshi will jedoch nicht als Opfer wahrgenommen werden. Als Überlebende setzt sie sich für andere Frauen ein, die ihr Schicksal teilen. Obwohl sie zuvor noch nie auf einem Laufsteg gestanden hatte, zeigte sie mit ihrem Auftritt auf der *New York Fashion Week* sowohl sich als auch anderen, dass Überlebenden von Säureattacken Möglichkeiten für ein Leben danach offen stehen. Qureshi ist dabei nur eine der Vorbilder für andere Frauen: Die Kampagne *Stop Acid Attacks* wurde schon 2013 gegründet. Neben Aufklärungsarbeit und der Unterstützung primär von Frauen unmittelbar nach einer Attacke, unterhalten

die Überlebenden ein Café in Agra. *Sheroes Hang-out* dient als Begegnungs- und Schutzraum. Diese Form der Sichtbarmachung holt die Geschichten der Überlebenden aus der Anonymität und macht auf ein unterschätztes Problem aufmerksam. Im Jahr 2014 wurden mehr als 500 Angriffe zur Anzeige gebracht, laut den Aktivist(inn)en kann jedoch von einer Dunkelziffer von jährlich mehr als 1000 Fällen ausgegangen werden – Tendenz steigend. Trotz höherer Strafen und einer strikteren Gesetzgebung zum Verkauf von Säure bleibt einiges zu tun.

Weltklimavertrag unterzeichnet

Indien galt lange Zeit als Bremse bei der Umsetzung des Weltklimavertrags. Die ungebrochene Förderung von Kohle sowie der Bau zahlreicher Atomkraftwerke standen den Zielen des Vertrags lange Zeit entgegen. 55 Staaten, welche mindestens 55 Prozent der weltweiten Treibhausgase produzieren, müssen dem Vertrag zustimmen. Mit Indiens Zusage wurde diese Zahl erreicht. Das Land ist für etwa sechs Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Unterzeichnung vor dem 7. Oktober 2016 garantiert dem Subkontinent ein Mitbestimmungsrecht bei der Aushandlung der genauen Regulierungen des Vertrags. Ab 2023 soll der Stand der Klimaschutzziele alle fünf Jahre evaluiert und möglicherweise angepasst werden. Es wird angestrebt, ab 2050 keine weitere Erhöhung der Treibhausgase mehr zu verzeichnen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden den Ländern des Globalen Südens jährlich 100 Millionen US-Dollar seitens der Industriestaaten zur Verfügung gestellt. Die Zusage Indiens lässt die Hoffnung keimen, dass diese Ziele zumindest teilweise erreicht werden können.

Tibetischer Markt zerstört

Am Morgen des 8. November löste ein Kurzschluss einen Großbrand auf dem tibetischen *Lal-Qila*-Stoffmarkt aus. 138 Geschäfte brannten vollständig aus. Der Schaden beläuft sich auf 130 Millionen Rupien (knapp 1,8 Millionen Euro). Obwohl es glücklicherweise keine Verletzten oder Toten gab, trifft der wirtschaftliche Schaden einen Großteil der tibetischen Gemeinschaft in Neu-Delhi. Die meisten Verkäufer/-innen sind aus Tibet nach Indien geflüchtet. Der Brand nimmt vielen Familien ihre einzige Einkommensquelle. Die Regierung kündigte eine Entschädigung von einem Lakh Rupien (rund 1400 Euro) pro betroffener Familie an. Die tibetische Community der Hauptstadt rief zu Spenden auf.

Anzeige gegen Bayer AG

Das Berliner Anwaltskollektiv *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) hat den Pestizidexport der Bayer AG nach Indien untersucht. Demnach vermarktet die Bayer AG über Tochterunternehmen hochgefährliche Pflanzenschutzmittel in Indien. Das Unternehmen trägt allerdings nicht genügend Sorge dafür, dass die Menschen über die Gefahren der Pestizide und die nötigen Schutzmaßnahmen informiert werden. In Europa verkauft der Bayer-Konzern beispielsweise das giftige Produkt *Nativo 75 WG* mit der Warnung „kann möglicherweise das ungeborene Leben schädigen“. Auf den nach Indien exportierten und dort erhältlichen Produkten fehlt diese Warnung. Deswegen hat das ECCHR gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Indien und Deutschland bei der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen in Bonn Anzeige gegen Bayer erstattet. Die Behörde soll prüfen, ob Bayer die Exportregeln für Pestizide verletzt. In Indien ermittelt das Landwirtschaftsministerium seit Juli 2016 wegen der unzureichenden Etikettierung von *Nativo* gegen das Bayer-Tochterunternehmen *Bayer CropScience Ltd (India)*.

Katastrophale Arbeitsbedingungen in der Schuh- und Lederproduktion

Anfang Oktober veröffentlichten die Organisationen SÜDWIND (Bonn) und INKOTA (Berlin) eine Studie zur Kampagne *Change Your Shoes* über die Arbeitsbedingungen in der indischen Schuh- und Lederproduktion. Löhne weit unter dem Existenzniveau, Verpflichtung zu Überstunden, gravierende Mängel beim Gesundheitsschutz, Sicherheitsrisiken, Verbot von Gewerkschaften sowie Diskriminierung und Ausbeutung aufgrund traditioneller Geschlechter- und Kastennormen sind Alltag in diesem Produktionszweig. Indien ist nach China das Land mit der größten Schuhproduktion weltweit. Allein im Jahr 2015 kamen mehr als 2,2 Milliarden Paar Schuhe vom südasiatischen Subkontinent. Mehr als eine Million Menschen sind in der indischen Schuhindustrie beschäftigt, in der Lederindustrie insgesamt über 2,5 Millionen. Lederschuhe sind das bei weitem bedeutendste Produkt der indischen Schuhindustrie, sowohl in der Produktion als auch im Export. Die meisten Exporte gehen nach Europa, vor allem nach Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich. Die Studie entstand im Rahmen der Kampagne *Change Your Shoes*. Die Studie mit dem Titel „Auf der Stelle (ge)treten. Arbeitsrechtsverletzungen in der

indischen Leder- und Schuhindustrie“ beruht auf Befragungen von Beschäftigten mehrerer Schuh- und Lederfabriken in Ambur in Südindien und Agra in Nordindien. Die Befragung wurde vom *Change-Your-Shoes-Partner Society for Labour and Development* Ende 2015 durchgeführt. *Change Your Shoes* ist eine Initiative von 18 Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen, die sich für soziale und ökologische Bedingungen in der globalen Schuh- und Lederindustrie, insbesondere für eine nachhaltige und ethische Schuhlieferkette einsetzen. Recherchen in China, Indien, Indonesien, Italien, Südosteuropa und der Türkei sind Grundlage der Kampagne. Die Kampagne will unter anderem Konsument(inn)en für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisieren sowie Unternehmen drängen, ihre Sorgfaltspflichten wahrzunehmen.

Religiöser Zwist in Kerala

Am 22. November veröffentlichte die international bekannte Schriftstellerin Anita Nair einen Essay in *Asia Times*, einem seit 1995 bestehenden, englischsprachigen Nachrichtendienst, in dem sie sich äußerst besorgt über die Polarisierung gesellschaftlicher Konflikte entlang der religiösen Zugehörigkeit im Bundesstaat Kerala zeigte. Kerala ist normalerweise bekannt für seine säkulare Ausrichtung. Sie stellte eine deutlich wahrnehmbare Polarisierung auch in diesem Bundesstaat fest. Während ihrer Kindertage (Jahrgang 1966) hörte sie oft „alle Inder sind Brüder und Schwestern“ und sah eine Krankenschwester mit englisch-indischen Wurzeln beim Tee ihrer Großmutter zusammensitzen mit einem Lehrer muslimischen Glaubens, und bedient wurden sie von einem Hindu gläubigen Hausdiener. Es gab natürlich gesellschaftliche Unterschiede, aber weniger entlang der Kasten- oder Religionszugehörigkeit, sondern vielmehr entlang des Lebensalters oder der Zugehörigkeit zu sozialen Klassen. Der Umschwung setzte Nair zufolge nicht nur durch die Fundamentalisierung bei den Hindus, sondern auch durch die Arabisierung des Islam in Indien ein. Die Veränderung erreichte den Alltag ihrer Familie. Lieferte früher ein Metzger ihren Eltern einmal in der Woche ein Stück Rindfleisch, wengleich damals in dieser offenen Form ebenfalls ungewöhnlich, hat die Metzgerei seit einem Jahr geschlossen. Die Inhaber trauen sich nicht mehr, Rinder zu schlachten. Ihr Essay endet mit einem melancholischen Rückblick und Appell, Kerala nicht in ein mittelalterliches Denkmuster fallen zu lassen.